Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner  Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 18. März 1879. Nr. 130.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 17. März.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um $11^{1}/_{2}$ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Minister Graf zu Eulenburg, von Fabre du Faur, v. Nostiz-Wallwitz.

Tagesordnung:

I. Berathung der Darstellung der Anordnungen, welche von der preußischen Regierung mit Genehmigung des Bundesraths auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes getroffen worden sind, und in Verbindung damit der mündliche Bericht der Petitionskommission über die Petition mehrerer aus Berlin ausgewiesener Personen.

Berichterstatter Abg. Melbeck berichtet zunächst über die vorliegenden Petitionen und empfiehlt dem Hause Namens der Kommission, diese Petitionen, insoweit sie sich auf die Wiederaufhebung des sogen. kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Umgegend beziehen, durch die Plenarberathung über den vorliegenden Bericht für erledigt zu erklären, insoweit sie aber, abgesehen hiervon, sich auf die Wiederaufhebung der verfügten Ausweisung der Petenten beziehen, wegen nicht innegehaltenen Instanzenzuges über dieselben zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Liebknecht: Ich hätte doch erwartet, daß uns zunächst vom Regierungstische aus eine Begründung der über Berlin verhängten außerordentlichen Maßregel zu Theil geworden wäre, da ich in dem uns zugegangenen Berichte diese Begründung vollständig vermisse. § 28 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 bestimmt, daß unter Zustimmung des Bundesraths für gewisse Eventualitäten die Verhängung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes zulässig sei. Von dem Eintritt solcher Eventualitäten ist bis heut nichts bekannt geworden. Als Ende November v. J. diese so schwere Maßregel über Berlin verhängt wurde, erwartete nicht nur Deutschland, da erwartete Europa, daß sehr bald die gewichtigsten Gründe zur Rechtfertigung vorgebracht werden würden. Am 9. Dezember bot sich dem Grafen Eulenburg im preußischen Abgeordnetenhause die beste Gelegenheit dazu. Indeß hat er so gut wie gar keine Antwort gegeben, außer daß er eigentlich zugestand, daß keine besonderen Thatsachen vorlägen, und daß dem Reichstage ein eingehender Bericht zugehen würde. Was enthält nun dieser Bericht? Ich werde Ihnen den Nachweis führen, daß Alles, was darin gesagt wird, theils irrelevant ist, theils auf falschen Informationen der Reichsregierung beruht. Es wird behauptet, daß schon bei Berathung des sogenannten Sozialistengesetzes gesagt worden sei, man würde Widerstand leisten. Das leugne ich aber durchaus. Mit vollständiger Einmüthigkeit erklärten damals alle Vertreter der Sozialdemokratie, daß man sich dem Gesetze unterwerfen müsse. Es wird auf einen unparlamentarischen Ausdruck des Genossen Bracke hingewiesen, aber mit diesem Ausdruck wollte er durchaus nicht sagen, daß er sich gegen das Gesetz auflehne, sondern wollte nur einer geschichtlichen Wahrheit Ausdruck geben. (Heiterkeit.) Er wollte eben sagen, Ideen lassen sich nicht todtschlagen, die Wirkung des Gesetzes wird in keiner Weise den Intentionen der Gesetzgeber entsprechen. Wir sind die größten Gegner jeder gewaltsamen Revolution, wir sind gerade die Partei der Reform (Gelächter). Ich leugne durchaus, daß unsere Bestrebungen jemals auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschafts Ordnung gerichtet gewesen sind, ich muß es also umsomehr bestreiten, daß nach Erlaß jenes Gesetzes von meinen Parteigenossen irgendwie derartige Tendenzen verfolgt worden sind. Allerdings sind die Sozialdemokraten nach wie vor Sozialdemokraten geblieben; trotzdem aber kann man uns doch nicht im Mindesten den Nachweis einer strafbaren Propaganda führen; allerdings privatim werden wir immer unter einander verkehren, eben so wenig wie dem Grafen Stolberg und dem Grafen Eulenburg der Privat-Verkehr unter einander verboten ist, eben so wenig kann man ihn den Sozialdemokraten verbieten. Man spricht zwar in dem Bericht von geheimer Agitation, den Beweis aber bleibt man einfach schuldig. Man spricht davon, daß wir die Parole ausgeben, Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen und wirthschaftlichen Zuständen nach Möglichkeit zu verbreiten. Das ist einfach unwahr, und das haben wir doch auch nicht nöthig. Ich denke, die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen ist kaum einer Steigerung fähig. Es gab ja Viele, die da glaubten, nach Erlaß des Sozialistengesetzes werde das tausendjährige Reich der wirthschaftlichen Wohlfahrt, der Ruhe und des Friedens anbrechen. Merkwürdig, da brach am Tage des Erlasses des Gesetzes die City of Glasgow Bank zusammen und verwickelte Tausende von Unglücklichen in ihren Krach. Aber überhaupt haben sich doch alle jene Gläubigen in dieser Richtung sehr getäuscht. Kein Wohlstand ist eingetreten, noch viel weniger aber kann man heute von einem Frieden unter den einzelnen Klassen der Bevölkerung sprechen. Der Bericht spricht davon, daß wir andere Versammlungen besuchen. Ist das etwa ein Verbrechen? Dann hätte man einfach sagen müssen: „Jeder Sozialdemokrat ist bürgerlich todt“. Man spricht von der Einführung ausländischer sozialdemokratischer Zeitungen, welche durch Organisationen in Berlin verbreitet werden. Gemeint können dabei doch nur drei Blätter sein, die Zeitung, welche Most in London redigirt, „Die Laterne“, welche mein Freund Carl Hirsch in Brüssel herausgiebt und die „Tagwacht“ in Basel. Die letztere bestand schon viele Jahre vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes und hatte ihre Abonnenten in Deutschland, die beiden anderen Blätter aber sind ja erst nach der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin gegründet worden; deren Erscheinen kann doch unmöglich eine vorher verhängte Maßregel rechtfertigen, das heißt wiederum einfach Ursache und Wirkung verwechseln, denn das Most'sche Blatt und die Laterne sind nicht blos post, sondern ausdrücklich propter hoc erschienen. Und was die Heftigkeit der Most'schen Sprache anlangt, so ist sie doch die einfache Folge davon, daß man die organische Entwickelung des Sozialismus unterbrochen hat. (Gelächter.) Und wenn man einige Herren vom Bundesrath 10 Jahre hindurch so umher hetzen und in Gefängnisse einsperren würde, wie man es mit Most gethan hat, so würden sie vielleicht auch eine sehr heftige Sprache führen. Was im Bericht von Geldsammlungen zu agitatorischen Zwecken gesagt wird, ist unwahr. Es ist in Privatkreisen, z. B. auch im preußischen Abgeordnetenhause, zur Unterstützung Ausgewiesener gesammelt worden (Hört), aber die bloße Humanität wird man doch nicht auch für strafbar erklären. Man hat dann behauptet, es sei eine Verbindung der Sozialdemokraten mit den Nihilisten nachgewiesen worden. Das ist einfach unwahr. Nur daß zwei Genossen, Baumann und König, mit zwei russischen Studenten bekannt waren, ist festgestellt. Dafür wurden die beiden Russen verhaftet, man konnte ihnen indeß nichts Verdächtiges nachweisen. Was wollte man aber überhaupt damit? Der Nihilist ist der Wauwau, der sticht, der schießt, der haut. Solche Nihilisten sollen also die Russen sein; ja, ich glaube, daß die Herren vom Bundesrathstische mehr mit Russen verkehren und verkehrt haben als wir. Dann wird im Bericht behauptet, daß wir die Agitation in Berlin konzentriren wollten, daß deshalb die Führer ihren Wohnsitz dorthin zu verlegen beabsichtigten. Auch das ist unwahr. Richtig ist nur, daß der Kollege Hasselmann, welcher schon vorher viele Jahre in Berlin gewohnt hatte, nach Berlin ziehen wollte. Dieser Mann hat sich aber niemals die geringste Ungesetzlichkeit zu Schulden kommen lassen, auch nicht ein Schatten von Unrecht ist ihm nachzuweisen. Wenn er nach Berlin gezogen wäre, so hatte er dabei sicherlich die Absicht, das Gesetz ebenso zu respektiren, wie er es vorher gethan hat. Schließlich aber wird in dem Bericht auf die versuchten Fürstenmorde in Spanien und Italien angespielt. Wenn Sie auch nur den geringsten Nachweis eines Zusammenhangs des Sozialismus mit diesen Unthaten zu führen vermögen, dann erkläre ich das ganze Sozialisten-Gesetz mit allen seinen Konsequenzen gerechtfertigt. Dies aber wird Ihnen nie gelingen und ist auch nie versucht worden, weil es eben unmöglich ist. Herr Graf Eulenburg hat die Akten der Prozesse Hödel und Nobiling in Händen, sie werden uns aber eben nicht mitgetheilt, weil man alles Andere, aber keinen Zusammenhang der Attentate mit dem Sozialismus in ihnen finden würde. Jeder Sozialdemokrat ist der strikteste Gegner der Gewaltthätigkeit, er kennt nur den gemeinen Mord, der politische Mord existirt für ihn gar nicht. Aber es mag ja richtig sein, daß zwischen den beiden Attentaten auf den deutschen Kaiser und den Mordanfällen in Spanien und Italien ein gewisser Zusammenhang ist. Diese Sucht nach einer Herostratischen Berühmtheit, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ einmal ausführte, ergriff vielleicht verschiedene Subjekte, diese Mordsucht wurde so zu sagen epidemisch. Es ist ja auch bekannt, daß Verbrechen etwas Ansteckendes haben. Keine Monarchin hat wohl persönlich weniger Ursache zur Unzufriedenheit gegeben, als die Königin Victoria von England und doch wurde gleich nach ihrer Thronbesteigung ein Attentat auf sie gemacht, welchem 4 oder 5 Mordanfälle nachfolgten. Aber Niemand fiel es ein, politische Folgen an diese Unthaten zu knüpfen. Man steckte diese Leute einfach in ein Irren- oder Narrenhaus. Uebrigens weiß jeder Arzt und jeder Psychologe, daß das Verbrechen etwas Ansteckendes hat. Gab es eine Fürstin, die den Meuchelmord nicht provoziren konnte, so war es die Königin Viktoria im Anfange ihrer Regierung in den vierziger Jahren. Und doch schoß ein Wahnsinniger auf sie, und diese That erregte mehrfache Nachahmungen, aber Niemand fiel es ein, das als eine politische Thatsache aufzufassen, man kannte die epidemische Natur des Verbrechens. Eine solche sittliche Epidemie entsteht allemal, wenn eine alte Gesellschaft zu Grabe geht, und wenn große Kriege getobt haben. So war es vor Allem nach dem 30jährigen Kriege. Aber zu sagen, so etwas sei eine Folge der Sozialdemokratie, das heißt Ursache und Wirkung verwechseln. Die Sozialdemokratie ist die natürliche Reaktion des sozialen Körpers gegen den Krankheitszustand. Pastor Stursberg, der ein sehr konservativer Mann ist und die Partei der äußersten Rechten vertritt, hat eine Statistik veröffentlicht über die Zunahme der Verbrechen gegen Eigenthum, Person und Sittlichkeit, und da fragt er denn, woher denn diese Zunahme sich erklärt. Er stellt unter den Ursachen die Kriege obenan, ihnen räumt er . . . . (Unruhe.)

Präsident Dr. v. Forckenbeck: Ich kann den Zusammenhang dieser Ausführungen mit dem zur Diskussion stehenden Berichte nicht anerkennen und rufe den Redner zum ersten Male zur Sache, und zwar mit allen Folgen der Geschäfts-Ordnung.

Abg. Liebknecht: Wenn man es versucht, uns die Attentate an die Rockschöße zu hängen, so ist das auch für unsere Gegner ein sehr gefährlicher Versuch. Fast giebt es keine Partei im Reichstage, mit der man ähnliches nicht schon versucht hätte. Reicht doch das bis an den Regierungstisch heran. (Unruhe.) In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 15. Januar 1879 mußte sich unser Reichstagskollege, der preußische Kultusminister Dr. Falk, gegen den Vorwurf vertheidigen, als ob er die Attentate verschuldet habe. Er thut das, indem er die Attentate denen an den Schooß hängt, welche die Regulative gemacht haben. (Heiterkeit.) Da wird Herr von Kleist-Retzow schön betreten sein, wenn er auch seine Rockschöße nicht mehr so ganz reinlich und zweifelsohne findet. (Heiterkeit.) — Die Majorität dieses Hauses hat der Regierung das Sozialistengesetz bewilligt, ja wohl, aber letztere hat es ausgeführt in einem Sinne, der dem Willen der Mehrheit sicher nicht entspricht. Das behaupte ich, wenn ich auch weiß, daß ein Ausnahmegesetz eben eine Ausnahme vor dem Gesetz begründet. Es sind in verschiedenen Zeitpunkten zusammen etwa 60 Personen ausgewiesen worden, deren größter Theil Familienväter sind, und deren in Berlin hinterlassene Familien nun größtentheils subsistenzlos sind. Die Polizei weigert sich, die Familien von Ortswegen zu unterstützen, und eine Sammlung für die Familien wurde deren Freunden verboten. Es ist dann von der Regierung dem Gesetze eine rückwirkende Kraft beigelegt worden, ganz gegen den Sinn seiner Urheber, es ist hier in Berlin ein Mann ausgewiesen worden, der sich schon seit zwei Jahren an keiner Parteiagitation betheiligt hatte. Die hinterbliebenen Familien sind alle auf eine unerträgliche Weise chikanirt worden, namentlich wollte man immer gerne die Photographien der Ausgewiesenen haben und hat sie stellenweise sich fast mit Gewalt zu verschaffen gewußt. Die Polizei hat überhaupt in den letzten Monaten eine Rolle gespielt, die sonderbar genannt werden muß. Verfolgen doch mich und meine Freunde Geheimpolizisten auf Schritt und Tritt, wohnten doch solche selbst den Verhandlungen über die Verhaftung von Fritzsche und Hasselmann auf den Reichstagstribünen bei. Die allerbedenklichste Rolle hat der Kriminal-Kommissar Freiherr von Meerscheidt-Hüllessem gespielt, der irische Lord Marlow von Marpingen (Heiterkeit), der es selbst an direkten Provokationen nicht hat fehlen lassen. Wenige Tage nach dem zweiten Attentat, am 16. Juni sagte er, als eine Versammlung verboten war: „Haut ihn auf den Br . . . .“ — ein Berliner Lokalausdruck für Schädel. In den Tagen nach dem 2. Juni wurden Leute, die das eiserne Kreuz auf der Brust trugen, an die Brust gepackt von Geheimpolizisten und ihnen gesagt: „Wie, seid ihr so feige, daß ihr Euch das gefallen laßt?“ Ja wenn . . . .

Präsident Dr. v. Forckenbeck: Ich muß den Redner zum zweiten Male zur Sache rufen!

Abg. Liebknecht: Nun muß man bedenken, was seiner Zeit von Drohbriefen gesagt wurde, die an den deutschen Kaiser selbst gerichtet gewesen seien. Es kann doch davon nicht die Rede sein, daß man solche Briefe damals dem noch schwerkranken Menschen in Person zugänglich gemacht hat, das hätte ja seinen Zustand verschlimmern müssen. Mit den Drohbriefen ist es also wohl anders, sie sind nicht in die Hände des Kaisers gekommen. Aber was beweisen denn Drohbriefe überhaupt? Ich habe Dutzende solcher bekommen und sie alle dahin gelegt, wohin sie gehören, in den Papierkorb. Ich frage die Juristen im Hause: ist es Sitte, daß ernsthafte Verbrecher ihr Verbrechen vorher anzeigen? Ist nicht vielmehr der Umstand, daß Jemand mit einem Verbrechen droht, der beste Beweis, daß er an das Verbrechen gar nicht denkt? Der Reichskanzler sagte nämlich, es würde die Konsequenz des Sozialistengesetzes sein, daß hier keine Sozialisten mehr sitzen dürften und daß der Reichstag sein Maulkorb . . . wollte sagen Strafgesetz erhielte. Hier ist er vollkommen konsequent, und die Inkonsequenz liegt auf der Seite des Hauses. Wer A sagt, muß auch B sagen, und das Haus hat sich so weit engagirt, daß es nicht mehr zurück kann. Wir sind fest der Ueberzeugung, daß unsere Partei nicht die Schuld trägt an dem, dessen man sie zeiht. Und wenn Sie mit hundertfach verschärften Gesetzen uns entgegen treten wollten, wie in Frankreich, so werden Sie uns doch nicht vernichten können. Gerade unsere Gesetzlichkeit und Ruhe tödtet das uns feindliche System und das Bürgerthum wird endlich einsehen, daß die Sozialdemokratie nicht das rothe Schreckensgespenst ist, für das man sie ausgiebt, sondern daß wir gerade jetzt statt einer organischen, reformatorischen Bewegung ein bellum omnium contra omnes haben in dem preußischen Kasernen- und Staatssozialismus. Urtheilen Sie selbst, meine Herren, entscheiden Sie, ob die Reichsregierung, die den Belagerungszustand verhängt hat, oder ob die Sozialdemokratie auf die Anklagebank gehört. (Lärm.) Ich möchte nun hier noch eine Bemerkung anschließen, die eigentlich persönlicher Natur ist. Ich weiß nicht, ob der Herr Präsident es gestattet? (Wird vom Präsidenten mit Kopfnicken bejaht.) Es ist beim Stimmungsmachen gegen die Sozialdemokratie auch hingewiesen worden auf mein Sitzenbleiben beim Hoch, das der Reichskanzler auf den deutschen Kaiser ausbrachte. (Große Unruhe.) Es ist mein Sitzenbleiben ausgedeutet worden als eine Ungezogenheit, eine Ungebühr, es ist hier im Hause noch schlimmer von meinem Kollegen von Kleist-Retzow beurtheilt worden. (Ja wohl!) Es sollte, hieß es, eine bewußte Beleidigung des Kaisers sein. Ich möchte aber einfach bemerken, daß seitens der Sozialdemokratie niemals einem Hoch zugestimmt ist auf den Kaiser im Reichstage — auch 1869 nicht, als er noch nicht Kaiser war. Das soll keine Beleidigung sein, es ist lediglich eine Pflicht in der Ausübung unserer politischen Grundsätze und . . . (Sehr großer Lärm, den die Glocke des Präsidenten mit Mühe zu beschwichtigen vermag.)

Präsident Dr. v. Forckenbeck: Ich glaube nicht, daß die früheren Fälle, die sich ereigneten, als ich noch nicht Präsident war, noch im Reichstage erörtert werden können. Da der Herr Redner aber dieselben erwähnt hat, so muß ich ihm allerdings sagen, daß sein Sitzenbleiben beim Hoch auf unsern allverehrten Kaiser allerdings die monarchischen Gefühle des Reichstages und des ganzen deutschen Volkes auf eine so arge Weise verletzt hat, wie es kaum auf eine andere Weise hätte geschehen können. (Allseitiger, stürmischer Beifall.) Ich erkläre das nachträglich.

Abg. Liebknecht: Der Gedanke gar an eine Majestätsbeleidigung lag uns absolut fern und ich würde umgekehrt sagen: Wenn in Deutschland

die Republik proklamirt wäre, würde ich den Herren.. (Furchtbarer Lärm. Rufe: Von der Tribüne! Schluß! Herunter!)

Präsident Dr. v. Forckenbeck: Nachdem ich den Redner zweimal zur Ordnung gerufen und ihn auch auf die Folgen nach der Geschäfts-Ordnung aufmerksam gemacht habe, werde ich nunmehr, wenn der Redner nicht selbst die Tribüne verläßt, die Frage nach der Geschäfts-Ordnung an das Haus richten, ob es dem Abgeordneten Liebknecht noch weiter das Wort lassen will. (Bravo!)

Abg. Liebknecht: Ich wollte nur noch in wenigen Worten .... (Rufe: Von der Tribüne! Lärm).

Präs. Dr. v. Forckenbeck: Meine Herren! Ich habe die Frage nach der Entziehung des Wortes noch nicht gestellt!

Abg. Liebknecht: Ich verzichte aufs Wort. (Verläßt die Tribüne.)

Bevollmächtigter zum Bundesrath, königlich preußischer Minister des Innern Graf zu Eulenburg: M. H., aus den Ausführungen des Vorredners haben die beiden Vorwürfe wiedergeklungen, welche sich schon anderweitig gegen die offiziell gegebene Begründung der Anwendung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 auf Berlin und dessen Umgebungen haben vernehmen lassen, der Vorwurf nämlich 1) daß in dieser Begründung zu viel enthalten sei, indem ungerechtfertigte Besorgnisse über die Zustände der öffentlichen Sicherheit hervorgerufen würden, und der entgegengesetzte, daß nicht genügendes thatsächliches Material angeführt worden sei für die Anwendung jener Maßregel. Ich bemerke schon jetzt, daß die beiden Vorwürfe sich gegenseitig aufheben, und daß der Schluß gestattet sein möchte, daß gerade die knappe Form der Begründung das Richtige getroffen hat. Nicht minder unbegründet aber ist der Vorwurf, daß bei Verhängung des kleinen Belagerungszustandes und bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhause die Ihnen gegenwärtig vorliegende Darstellung nichts Neues enthalte. Nicht darauf wird es ankommen, ob jetzt neue Thatsachen und neues Material angeführt wird, sondern nur darauf, ob die angegebenen Gründe zutreffen und für die Maßregeln ausreichend sind. Nach der Voraussetzung im Eingange des § 28 des Gesetzes ist die Frage: War in Berlin und seiner Umgebung Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorhanden und in welcher Weise läßt sich dies nachweisen? Zunächst ist es Unrecht, wenn der Herr Vorredner gesagt hat, diese öffentliche Gefahr könne nur bestehen in der Gefahr eines Krieges oder eines Aufruhrs. Es ist gerade der spezifische Unterschied des § 28 des Sozialistengesetzes, daß die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes nicht die schärferen Bestimmungen der bezüglichen preußischen Gesetze zur Voraussetzung haben, sondern daß schon unter anderen Umständen zur Ausführung dieser Maßregel geschritten werden kann. Außerdem braucht die Gefahr nicht eine direkte zu sein; das Wort „unmittelbar" wurde schon in der ersten Lesung in der Kommission gestrichen, seine Wiedereinfügung in der zweiten Lesung und demnächst im Plenum von Neuem abgelehnt. Das sind die Grundlagen, auf denen sich die Regierung schlüssig zu machen hatte Welches waren nun die thatsächlichen Grundlagen? M. H., das ganze Gesetz vom 21. Oktober 1878 geht davon aus, daß durch die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in ihrer Agitation eine den öffentlichen Frieden gefährdende Aufreizung vorhanden sei. Das Maß dieser Gefahr wird naturgemäß nach den verschiedenen Lokalitäten verschieden sein, und es wird sich in dem Verhältniß erhöhen, als die Anzahl und die Bedeutung der dort vereinigten Sozialdemokraten sich steigert und gleichzeitig die Intensität ihrer Agitation. Daß in allen diesen Beziehungen Berlin eine hervorragende, fast exzeptionelle Stellung einnahm gegenüber dem übrigen Lande — es wird schwerlich nothwendig sein, darüber den näheren Nachweis zu führen; wir haben die Akten der Behörden, die diesen Nachweis geführt haben. Bereits mehrere Monate vor dem Erlaß des Gesetzes hat Se. Majestät von der Freiheit, die Paßpflichtigkeit einzuführen, Gebrauch gemacht, und zwar unter Voraussetzungen, die ganz dem Sinne des § 28 des Gesetzes entsprechen. Wenn dem gegenüber der Einwand gemacht ist und aus der Rede des Vorredners durchzuhören war, daß auf dieser Grundlage überall der § 28 hätte zur Anwendung gebracht werden können, so ist dieser Einwand thatsächlich unbegründet. In der That kann ich zu meiner Genugthuung konstatiren, daß an vielen Orten die Agitation zurückgetreten ist, ja an manchen fast gänzlich aufgehört hat. Ferner aber würde dieser Einwand nicht für das Angeführte beweisend sein; man könnte vielmehr die Frage aufwerfen und sie ist aufgeworfen worden, ob nicht auch an vielen anderen Orten Gelegenheit zur Verhängung dieser Maßregel war. Nach dieser allgemeinen Darstellung der Situation in Berlin führe ich im Einzelnen die Thatsachen an, die jene Annahme zu begründen geeignet sind. In dieser Beziehung nimmt der Bericht zunächst darauf Bezug, daß die Sozialdemokraten bestrebt waren, in geheimen Versammlungen und Verbindungen ihre Agitation fortzusetzen. Der Vorredner hat daran die Bemerkung geknüpft, daß, wäre dies wahr, dann ein kriminalrechtliches Einschreiten auf Grund der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches hätte stattfinden müssen. Nun, wenn wir hätten warten müssen, bis in der That Gesetzesverletzungen begangen wären, um zu Repressivmaßregeln zu kommen, dann hätten wir dieser ganzen Gesetzgebung nicht bedurft; es sollten uns eben durch das Gesetz auch die Mittel zu präventiven Maßregeln, nicht blos zu solchen gegen vollendete Thatsachen gegeben werden. Gerade in diesem Sinne ist auch § 28 gemeint. Ich erinnere Sie nun zunächst daran, und das trifft auch für die sämmtlichen folgenden Punkte zu, daß die Hauptsachen von dem Vorredner durchweg zugestanden worden sind. Er findet es vollkommen natürlich, daß seine Gesinnungs-Genossen beim Mangel öffentlicher Versammlungen im Geheimen zusammentreten. Ebenso kann ich mich darauf berufen, daß weder in der Presse noch bei der Verhandlung im Abgeordnetenhause diese Behauptung von irgend einer Seite bestritten worden ist; im Gegentheil haben damals mehrere Redner und viele Preßorgane ausdrücklich konstatirt, daß dergleichen stattfände und zu Besorgnissen veranlasse. Ferner behauptet der Bericht, daß die Sozialdemokratie darauf ausgegangen sei, Unzufriedenheit in der Bevölkerung und Haß gegen die Regierung zu erregen, um auf diese Weise solche Gährung hervorzurufen, daß die ganze Agitation, nicht blos der Sozialdemokraten, sich gegen das Gesetz als die vermeintliche Ursache aller dieser Uebelstände kehre. Diese Wahrnehmung beruhte zunächst auf Aeußerungen der sozialistischen Presse, die allerdings vorgekommen sind, zweitens auf einer Reihe der sorgfältigsten Beobachtungen über das Benehmen solcher Personen, welche demnächst ausgewiesen worden sind, und gerade diese Thätigkeit ist es gewesen, die uns die Ueberzeugung aufgedrungen hat, daß es nicht möglich sein würde, auch nur zu äußerer Ruhe und Frieden zu gelangen, ohne daß die Agitatoren und Führer von den von ihnen Beeinflußten getrennt und entfernt würden. Was den Besuch der Versammlungen anderer Parteien betrifft, so war auch dies während der Verhandlungen des Reichstags bereits angekündigt und hat sich schon kurz nach der Verhängung des Belagerungszustandes in vollem Maße bewährt. Die in dieser Beziehung eingetretenen Ereignisse werden Ihrem Gedächtniß nicht entschwunden sein, das Auftreten der Sozialdemokraten bei den Stadtverordnetenwahlen, ihr Eintreten in die Versammlungen der Fortschrittspartei. Vor Ihnen Allen hier hat der Beweis stattgefunden für die Importirung auswärtiger, verbotener aufrührerischer Schriften. Die Herausgabe von Zeitungen Seitens des Herrn Most als Grund für die verhängte Maßregel anzuführen nennt der Vorredner eine Verwechselung von Ursache und Wirkung. Nun, die Einführung derartiger Schriften ist bereits vor der Verhängung geschehen und seitdem in wachsendem Maße vor sich gegangen. Der Vorredner hat selbst zugestanden, daß die „Tagwacht" in Zürich ein ganz altes Organ ist und in umfangreichem Maße nach dem Erlaß des Gesetzes eingeführt worden ist; seitdem hat in der That die Importation solcher Schriften, namentlich Zeit- und Flugschriften, in außerordentlichem Maße zugenommen. Der Vorredner hat bereits genannt die „Laterne" von Karl Hirsch und das von Most in London herausgegebene Blatt: „Die Freiheit". So hieß es übrigens ursprünglich, [illegible] jetzt es mit jeder neuen Nummer, die immer als Probenummer erscheint, seinen Namen, predigt aber in ihrer Tendenz vollkommen gleichmäßig die Revolution mit einer Offenheit, einer Unverblümtheit, welche bisher wirklich selten vorgekommen ist. Ich erinnere daran, daß der Herr Vorredner gesagt hat, er würde die Aeußerungen seiner Parteigenossen im Auslande nicht desavouiren; ich glaube, es wird lehrreich sein, Einiges von dem Inhalt der letzten Nummer dieses Organs mitzutheilen. Das Blatt ist roth gedruckt, bezeichnet sich selbst unter der Ueberschrift: „Der 18. März" als Agitations-Nummer und beginnt mit der wilden Dichtung von Freiligrath: „Die Todten an die Lebenden." Es folgen Stimmen aus dem Pantheon der Revolution, ein Extrakt von Aussprüchen von Marat, Babeuf, Hebert; ich will Ihnen einen Satz aus dem letzteren citiren: „Wenn das Volk einmal gesagt hat, es wolle Freiheit und Gleichheit, so sind alle, welche es nicht wollen, seine Feinde: sie müssen sterben". Einer dieser Sätze, den Most verfaßt hat, lautet: „Nach bestem Wissen und Können predigten wir die rothe Republik, den radikalen Sozialismus, kurzum, der Refrain unserer Appellation an das Volk lautete kurz und bündig: Die ganze Rebellion, die neue Rebellion." (Hört!) Wie stimmt das mit der friedlichen Unterwerfung unter das Gesetz und die Ordnung des Staates überein? Offenkundig ist, daß die ganze Entwicklung der gegenwärtigen sozialistischen Strömung bei uns auf einen Zusammenhang mit der internationalen Richtung hinweist und daß das Ueberwiegen der letzteren ein vollständiges ist Ich erinnere an das Eisenacher und Gothaer Programm, an die auf dem Gothaer und Genter Kongreß abgegebenen Erklärungen, an die gegenseitige Beschickung der internationalen Kongresse, und daran, daß die Sozialdemokraten aller Länder sich gegenseitig unterstützen. Most hat sich, obwohl er nicht aus Deutschland, sondern nur Berlin, ausgewiesen war, nach London begeben, wo die Fäden der internationalen Verbindung am meisten zusammenlaufen und in Verbindung mit ihr giebt er sein Organ „Die Freiheit" heraus und da will man noch den Zusammenhang mit der Internationale leugnen! Was die Nihilisten anlangt, so hat der Vorredner wieder die Thatsache zugegeben aber nicht angeführt, daß hier heute noch eine umfassende Untersuchung wegen geheimer Verbindungen mit einer Anzahl Russen schwebt und daß angesehene Mitglieder der hiesigen Sozialdemokratie mit diesen Russen in Verbindung gestanden haben. Der Zuzug Hasselmanns nach Berlin hat mit vollem Recht eine besondere Bemerkung in der Begründung gefunden. Daß dieser Mann in dem Momente nach Berlin zog, wo scharfe Maßregeln gegen die Sozialdemokratie getroffen wurden, gab in der That zu denken, zumal da Grund vorlag zu der Annahme, daß dieser Zuzug die Nachfolge Most's finden und daß dieser wie früher die öffentliche, so jetzt die geheime Agitation in praktischer Weise ins Leben führen würde. Dem mußte vorgebeugt werden! Zudem kommt, daß wir überhaupt in einer Zeit leben, welche zur Vorsicht und Anwendung der nöthigen Schutzmaßregeln auffordert. Es ist in der That — man könnte fast sagen — eine Epidemie von Mordanfällen eingetreten, und daß sie auch bei uns noch nicht ganz erloschen ist, beweisen die Drohbriefe, die in ungeheurer Zahl erlassen worden sind (Zurufe aus der äußersten Linken: „Auch an uns!"), theils an Allerhöchste Personen, theils an andere Personen. Man kann nicht die Verantwortung übernehmen, solche Drohbriefe in den Papierkorb zu werfen, wenn sie eine Person betreffen, an deren Leben und Wohlsein mehr hängt, als an dem jedes anderen Mannes (Sehr richtig) und an dem das Land ein weit größeres Interesse nimmt und wie ich mit Freude sage, durchgehends nimmt. (Beifall.) Dergleichen Spuren muß man nachsuchen und das Suchen ist nicht immer ohne Erfolg gewesen, denn es hat zur Beschlagnahme von Instrumenten geführt, die zu den Mordanschlägen angefertigt worden sind, und man ist äußerst verdächtigen Verbindungen auf die Spur gekommen. Es sind hier in Berlin z. B. Höllenmaschinen mit Beschlag belegt worden, die hier angefertigt worden sind, und dann ist in Ostpreußen eine Maschine beschlagnahmt worden, die sich allerdings wegen der mangelhaften Konstruktion als sehr ungefährlich erwies, aber doch auf explosive Wirkung rechnen konnte. Der Verfertiger wurde wegen Betruges bestraft. Diese Dinge beweisen erstens, daß in der That verbrecherische Absichten bestehen, und zweitens, daß solche Umstände in frivoler Weise zu Nebenzwecken benutzt werden. Mein Kollege Falk hat einen Brief aus England bekommen, in dem sein Einverständniß mit einem angeblichen Mordplan vorausgesetzt und er aufgefordert wurde, denselben weiter zu unterstützen; der Brief war in ein dünnes Kouvert gesteckt, daß der Empfänger diese Anschuldigung bereits von Außen lesen konnte, also die Absicht, ihn damit zu schädigen, klar zu Tage lag. Uebrigens beweisen dergleichen Mißbräuche nicht, daß nicht hin und wieder in der That ernstliche Mordanschläge geplant werden, und verschiedene Drohbriefe haben denn auch auf Spuren geführt, die zum mindesten sehr bedenklicher Natur sind. Zu erwägen ist endlich, daß die Maßregeln, welche getroffen werden, nicht allein von dem Maße der Gefahr abhängen, gegen welche sie sich wenden, sondern sich auch ganz wesentlich nach dem Werthe dessen richten müssen, was geschützt werden soll, und in dieser Beziehung nimmt Berlin allerdings eine völlig exceptionelle Stellung ein. Was hier zu schützen ist, das brauche ich nicht näher auszusprechen: das lebt in dem Kopfe und Herzen jedes braven Deutschen. (Lebhafter Beifall)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Liebknecht: er habe nicht bestätigt, daß geheime Versammlungen stattfinden, sondern nur, daß Privatzusammenkünfte, wie zwischen Geistesverwandten natürlich stattfinden. Er habe die Solidarität mit dem Most'schen Blatte nicht anerkannt; er persönlich würde es für eine Feigheit halten, dieses Blatt zu desavouiren; aber die Partei habe mit demselben nichts zu thun.

Abg. Hasselmann konstatirt, daß ihm, einem Ausgewiesenen, durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten sei.

Das Haus genehmigte darauf den Kommissionsantrag bezüglich der Petitionen und erklärt den Rechenschaftsbericht durch Kenntnißnahme für erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Etats-Berathung.

Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 17. März. Die Allerhöchsten Ordres in Betreff der veränderten Eintheilung einiger Ministerial-Geschäftskreise sowie in Betreff der veränderten Benennung einiger Ministerien sind nunmehr vollzogen.

Im Anschluß an meine Notiz, daß es in Erwägung gezogen, ob die Rückkaufshändler den Pfandleihern gleich zu behandeln seien, ist noch zu bemerken, daß auch eine in § 33 der Gewerbeordnung getroffene Bestimmung in Betreff der Schankwirthschaften sowie des Kleinhandels mit Branntwein gegenwärtig der Erörterung unterliegt. Diese Erwägungen über die gesetzlichen Abänderungen der Gewerbeordnung sind bereits in Gestalt eines Entwurfs dem Bundesrathe zugegangen und stehen auf der Tagesordnung der für morgen angesetzten Sitzung des Bundesraths. Außerdem enthält dieselbe an Vorlagen den Entwurf einer Verordnung über die Tagegelder, Fahrkosten u. s. w. der gesandtlichen und Konsularbeamten, und den Berliner Frieden vom 13. Juli 1878; ferner einen Antrag des 4. Ausschusses in Betreff des Abschlusses eines Freundschafts-, Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrages mit Hawaii und Ausschußanträge zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit und den Entwurf eines Gesetzes über das Pfandrecht an Eisenbahnen und die Zwangsvollstreckung an dieselben.

Provinzielles.

Stettin, 18. März. Am Mittwoch gelangt zum Vortheil des Herrn Bernhard Müllner im Stadttheater das Birch-Pfeiffer'sche Intriguen-Lustspiel „Anna von Oesterreich" oder „die drei Musketiere" zur Aufführung. Die Handlung ist dem berühmten Roman des Alexander Dumas „Die drei Musketiere" entlehnt und bietet höchst interessante spannende Scenen. Da Herr Müllner uns bereits Leistungen von größter Kunstfertigkeit geboten hat, — wir erinnern an seinen Carlos, Melchthal und Marcus und das hier lange nicht gesehene Stück mit den besten Kräften — den Damen Frl. Friedhoff, Frenzel, Hennies und den Herren Müllner, Grünberger, Brüning, Hirthe rc. — besetzt ist, hoffen wir, wird sich dem Benefizianten an seinem Ehrenabend ein volles Haus zeigen.

— Die Wahl des ordentlichen Lehrers am Gymnasium in Stralsund Dr. Wilhelm Fielitz zum Oberlehrer am Gymnasium in Wittenberg ist genehmigt worden.

— Der Schankwirth F. Schaufert, welcher im Oktober v. J. vor der Kriminal-Deputation des königl. Kreisgerichts wegen Hehlerei zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt wurde, ist in zweiter Instanz freigesprochen worden.

— Am 12. d. Mts. wurde auf dem Dammschen Wege diesseits der Zollbrücke die Schoßkelle eines Wagens, ein Faß mit Pflaumenmus, ein Sack mit Reis und ein Sack mit Soda gefunden, ohne daß sich bis jetzt der rechtmäßige Eigenthümer gemeldet.

— In der Zeit vom 9. bis 15. d. Mts. sind hierselbst 23 männliche und 19 weibliche, in Summa 42 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 24 Kinder unter 5 und 5 Personen über 50 Jahre.

Stargard, 17. März. Am Freitage hat nun auch der brandenburgische Provinzial-Landtag beschlossen, an dem Eisenbahnbau „Stargard-Pyritz-Soldin-Neudamm-Küstrin sich mit Abnahme von Aktien in Höhe von 50,000 Mk. pro 7½ Km. zu betheiligen. So wäre denn diese für unsere Gegend so wichtige Angelegenheit wieder einen Schritt näher ihrer Erledigung gekommen und steht zu erwarten, daß der Staat sich ebenfalls mit einer gleichen Unterstützung betheiligen wird, welches sowohl der pommersche als der brandenburgische Provinzial-Landtag als Bedingung ihrer Betheiligung aufgestellt haben. In unterrichteten Kreisen erwartet man, daß unter den dem nächsten preußischen Landtage zur Prämiirung vorzulegenden Sekundärbahn-Projekten sich jedenfalls als bestrenitirende die Strecke Stargard-Pyritz-Soldin-Küstrin befinden wird.

Wolgast, 16. März. Nach einer schweren und 7 Wochen langen Reise ist das zur hiesigen Rhederei gehörige Schiff „Herzog Bogislaw", von Bristol mit Steinkohlentheer nach Swinemünde bestimmt, am Dienstag der vergangenen Woche in seinem Bestimmungsorte angekommen. Von der Besatzung sind dem Zimmermann Wegener von hier beide Hände und dem Matrosen Krüger aus Cröslin die Füße erfroren. Beide Leute haben sich sofort nach ihrer Ankunft hier zur Heilung in die Klinik nach Greifswald begeben.

Viehmarkt.

Berlin, 17. März. Es standen zum Verkauf: 2533 Rinder, 8317 Schweine, 1112 Kälber, 7004 Hammel.

In Anbetracht dessen, daß die Ausfuhr für Rinder nunmehr wieder freigegeben ist, verlief das Geschäft um Nichts besser, als vor 8 Tagen, und nur der Umstand, daß die Exporteure wieder erschienen waren, brachte beste und gute Mittelwaare um eine Geringfügigkeit in die Höhe; der Markt wurde lange nicht geräumt und erhielt Prima 54—56, Sekunda 48—50, Tertia 36—41 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Schweine waren bedeutend über den Bedarf zugetrieben; der rückbleibende Ueberstand war daher ziemlich bedeutend und erfuhren die Preise bei recht mattem Geschäftsverlauf einen empfindlichen Rückgang. Beste Mecklenburger 45—46, Landschweine 43—44, Russen 37—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht und 20 Pfund Thara. Bakuner wurden nicht unter 44—45 Mark bei 45 Pfund Thara fortgegeben.

Auch für Kälber verlief das Geschäft wieder recht schleppend, der Durchschnittspreis stellte sich auf 35—45 und nur in seltenen Fällen ließen sich 50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht erzielen.

Von Hammeln wurden circa 2000 Stück für den Export entnommen und war der Rest für den Lokalbedarf selbstverständlich zu groß; die Durchschnittspreise verblieben daher auf 45—50 und nur für feinste Southdown-Lämmer ließen sich 55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht erlangen.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 17. März. Das „Dresdener Journal" bestätigt das Wiederauftreten der Rinderpest in Aussig und Peterswalde in Böhmen, in unmittelbarer Nähe der sächsischen Grenze. Die Maßregeln gegen die Einschleppung der Seuche in Sachsen sind wesentlich verschärft worden.

Szegedin, 17. März. Der Kaiser ist heute Vormittag hier eingetroffen und von der hier zurückgebliebenen Bevölkerung begeistert empfangen worden. Derselbe begab sich sofort zu Schiff, um die Trümmer der Stadt zu besichtigen.

Szegedin, 17. März. Auf die Ansprache des hiesigen Bürgermeisters Pallei entgegnete der Kaiser: „Ein tiefer Schmerz im Herzen leitete Mich hierher; Ich wollte mit eigenen Augen sehen, wie es dieser unglücklichen Stadt ergangen ist. Das Herz schmerzte Mich, als Ich dieses große Unglück sah. Ich hoffe, daß bessere Zeiten kommen werden und daß die Stadt noch aufblühen wird. Man muß nicht all zu tief bekümmert sein, Hülfe wird kommen." Der Kaiser sprach mit vor Rührung bebender Stimme und wandte sich ab, um seine Thränen zu verbergen. Der Kaiser erkundigt sich sodann bei dem Bürgermeister, dem Regierungs-Kommissar und mehreren anderen Personen nach den Details des Unglückes und fuhr auf einem Ponton durch die Stadt, überall sehr begeistert empfangen. Mittags um 12 Uhr trat der Kaiser die Rückreise nach Wien an.